

**JOCHEN STAADT (Hg.), „Die Eroberung der Kultur beginnt!“** Die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten der DDR (1951–1953) und die Kulturpolitik der SED (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Bd. 15), Peter Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2010. – VI, 453 S. (ISBN: 978-3-631-60548-6, Preis: 48,00 €).

Nach den kulturellen Verheerungen der NS-Diktatur, konfrontiert mit dem Vorwurf der „Entartung“ oder mit Berufsverboten belegt, hoffte und bestand nach deren Ende ein erheblicher Teil der Künstlerschaft auf eine Rückbesinnung in die wesentliche Eigenschaft moderner Kunst: nämlich ihrer Autonomie. Zumindest in der SBZ/DDR zerschlugen sich diese Hoffnungen recht schnell, als hier neue ideologische ‚Leitplanken‘ – diesmal mit dem Vorzeichen kommunistischer Heilsversprechung – aufgezogen wurden. Als eine zentrale Institution im recht zügig angelegten „Gleichschaltungsgetriebe“ wurde die „Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten der DDR“ eingerichtet, die im Wesentlichen die Aufgaben der zentralen ‚Anleitung‘ des Kunstbetriebes der DDR übernehmen und dort die Durchsetzung sozialistischer Kunstvorstellung vorantreiben sollte.

Der von Jochen Staadt herausgegebene Band vereint vier Aufsätze, die dem Umfeld eines DFG-Projektes im Forschungsverbund „SED-Staat“ der Freien Universität Berlin erwachsen sind und die sich aus unterschiedlichen Perspektiven dem institutionalisierten DDR-Kulturbetrieb annähern, insbesondere dem Wirken jener Kunstkommission. Der Band wird eröffnet von DAGMAR BUCHBINDERS umfangreicher (267 S.) institutionsgeschichtlicher Analyse der Kunstkommission. Sodann folgt ein Beitrag von DANIEL ZUR WEIHEN, der sich mit der Einflussnahme dort wirkender Kulturkader auf die Arbeit von Komponisten zeitgenössischer Musik widmet. Um das Ringen einer Funktionsbestimmung für das Theater und um das überaus widersprüchliche Verhältnis von Bertold Brecht und Helene Weigel zur importierten sowjetischen Kulturpolitik und um die sich daraus ergebenden Konflikte geht es im Beitrag von JOCHEN STAADT. An den Schluss gestellt ist eine Einführung in die Kulturdebatten der SBZ und frühen DDR von HORST LAUDE, die wesentlich zum Verständnis der Auseinandersetzungen jener Jahre beitragen kann. Es sei dem Leser, der sich einen ersten Einblick in die Thematik verschaffen will, zunächst die Lektüre letztgenannten Beitrags anempfohlen.

Wie nun BUCHBINDER in ihrem Beitrag aufzeigt, erinnert die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten, die von 1951 bis 1953 bestand und anschließend im neuen Ministerium für Kultur aufging, institutionell an sowjetische Vorbilder (S. 44 f.), insbesondere an das „Staatliche Kunstkomitee“ der UdSSR. Entsprechend verstand sich auch das ostdeutsche Pendant in erster Linie als Anleitungsorgan, welches der „amerikanischen Kulturbarbarei“ und formalistischen Tendenzen entgegenwirken, „verirrten Geistern“ wieder die Linie aufzeigen und helfen sollte, für „die erwünschte Ordnung auf dem kulturellen Feld“ zu sorgen (S. 31). Mit Sicherheit hatte die Einrichtung der Kommission für Kunstangelegenheiten aber symbolischen Charakter in Bezug auf den Schulterchluss mit der sowjetischen Kunstpolitik, insbesondere in Fragen des Umgangs mit „formalistischen“ Tendenzen. Was allerdings „Formalismus“ sein sollte, blieb auch nach einem Plenum des ZK der SED zu diesem Thema 1951 noch strittig – im Zweifelsfall aber bezog sich der Formalismusvorwurf auf alles, was nicht einem „Sozialistischen Realismus“ zugeordnet werden konnte. Mit dem Volksaufstand von 1953, in dem sich auch Künstler eindeutig zu positionieren versuchten, sowie durch eine sich anschließende, hektische Suche nach einem neuen Kurs geriet die Kommissionsarbeit zunehmend in Kritik, sie habe, so Otto Grotewohl in Anspielung auf ihren Vorsitzenden, „zu wenig Pflege und zuviel Holtzhauerei“ (S. 241) betrieben. Für den

Beitrag und für ihre Forschungsarbeit hat BUCHBINDER umfängliche Quellen erschlossen, die wiederum Anschlussforschung nahe legen. Die Darstellung ist detailliert und im Wesentlichen auch gut in Analyseebenen strukturiert. Für jene, die einen „Erstkontakt“ zur Thematik suchen, empfiehlt es sich allerdings, parallel zur Lektüre das „Who is who“ der Ostberliner Politprominenz zu konsultieren.

ZUR WEIHEN widmet sich in seinem Beitrag, der in Teilen seiner Monografie „Komponieren in der DDR. Institutionen, Organisationen und die erste Komponistengeneration bis 1961“ (Köln/Weimar/Wien 1999) entstammt, dem Verhältnis zwischen der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten der DDR und einigen Komponisten zeitgenössischer Musik in der frühen DDR. Der Beitrag ist ebenfalls systematisch angelegt, beschreibt zunächst musikästhetische und ideologische Vorgaben und geht anschließend exemplarisch auf Struktur und Arbeitsweise der Hauptabteilung Musik ein. Darüber hinaus werden Fragen behandelt, die die DDR-Kulturpolitik allgemein bestimmten, so etwa das Auftrags- und Vergabewesen, das man mit dem Dresdner Kultursoziologen Karl-Siegbert Rehberg „kulturfeudalistisch“ nennen könnte. Die Kunstkommission hatte, wie parallel für den Bereich der Bildenden Kunst, auch im Bereich der Musik Kontrollfunktionen, die von der Absegnung der Spielpläne bis hin zur Kontrolle der Schallplattenproduktion reichte (S. 277). Wiederum sah man sich aber in erster Linie auch hier als Anleitungsgorgan für die Umsetzung kulturpolitischer Vorstellungen und als Korrektiv. Der Verdacht der ‚Vorzensur‘ wurde vom Vorsitzenden der Kommission, dem vormaligen sächsischen Bildungsminister Helmut Holtzhauer – der übrigens späterhin Vorsitzender der gesamtdeutschen Goethe-Gesellschaft wurde – stets bestritten, de facto aber war man auch Zensurbehörde, etwa indem es beispielsweise Konzertplankontrollen gab (S. 280 f. und 315).

Auf eine besondere Konstellation im DDR-Kulturbetrieb geht der Beitrag von STAADT ein. Er thematisiert das ambivalente Verhältnis von Bertold Brecht und dessen Weggefährtin Helene Weigel zur staatlichen Kulturpolitik. Vor allem an der Funktion des Theaters, an seinem Beitrag für die Erziehung des sozialistischen Menschen, schieden sich damalige Geister: Das in der Sowjetunion zur Dogmatik erhobene und ebenfalls von Vertretern der Kunstkommission favorisierte Stanislawski-Theater stand konträr zu Brechts epischem Theaterkonzept. STAADT versucht in seinem Aufsatz, den lange schwelenden Konflikt zwischen Brecht und den DDR-Kulturkadern an dessen eigener ambivalenter Haltung gegenüber dem Regime nachzuzeichnen, sieht ein stetes Vor- und Zurückrudern als einzige Konstante bei Brecht. Dieser verengte Blick auf die Person Brecht (und die Weigel) vernachlässigt mögliche induktive Schlussfolgerungen, die sich aus dem Phänomen „Berliner Ensemble“ ergeben könnten. So mag dann STAADT fast zwangsläufig hinter jedem Brecht'schem Handlungsmotiv auch nur einen opportunistischen Reflex vermuten. Nichtsdestotrotz ist der Beitrag überaus lesenswert, auch wenn er mitunter ins feuilletonistische abgleitet.

Am Ende sei noch auf den Beitrag von LAUDE verwiesen. Überblicksartig, doch gespickt mit ausgesuchten Details, bietet dieser einen Einstieg in die Kunstdebatten der ostdeutschen Nachkriegs- und frühen DDR-Gesellschaft. Zentral sind auch bei LAUDE die Auseinandersetzungen über die „Formalismus“-Tendenzen unter der Künstlerschaft und die damit einhergehende ideologische Überhöhung des sozialistischen „Realismus“ als die Kunst des Fortschritts durch die offizielle Kunst doktrin. Als zentrale Ereignisse hin zur „Gleichschaltung“ der Künste identifiziert der Autor den III. Parteitag der SED vom Juli 1950, auf dem die Durchsetzung der „marxistisch-leninistischen Ideologie im gesamten Kunstbereich“ (S. 379) beschlossen wurde und sodann die unter dem Pseudonym N. Orlow im Januar 1951 in der „Täglichen Rundschau“ erschienene Generalabrechnung „Wege und Irrwege in der modernen Malerei“ (S. 388 f.). In jener Polemik ergeht sich der Verfasser, hinter dem man heute den

einstigen Hochkommissar der Sowjetunion für Deutschland Wladimir Semjonow vermutet, in paternalistischer Weise über den Kunstbetrieb in der DDR, insbesondere so „formalistische“ Tendenzen, die er hier zuhauf wittert, und empfiehlt eine weitaus strengere Linie. Beide Ereignisse bestimmten die Debatten der wenig später – im März 1951 – stattfindenden Tagung des SED-Zentralkomitees (S. 403 f.), dem dritten zentralen Ereignis, in der alles richtungsweisend in Zement gegossen werden sollte.

Insgesamt bietet der Sammelband einen profunden Einblick in Struktur und Arbeitsweise sowie in das institutionelle Geflecht und die systemischen Abhängigkeiten der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten der DDR, zeigt Kontinuitäten und Brüche auf – auch personelle – und führt vor Augen, wie eine umfassende kulturelle „Gleichschaltung“ bewerkstelligt wurde. Bei den Kulturdebatten der frühen DDR-Jahre ging es stets auch um eine dualistische Freund-Feind-Setzung: auf der einen Seite die antifaschistisch-antibürgerliche und fortschrittliche realistische Kunst, auf der anderen Seite die bürgerlich-dekadenten, in ihrer Gegenstandsleere rückwärts-gewandten Kunstformen des kapitalistischen Systems. Auf jene Freund-Feind-Schemen reagierte übrigens auch das bundesrepublikanische Kunstsystem seinerseits mit einer reflexartigen Überbetonung des Nichtgegenständlichen in der Kunst als Akt der Freiheit. Ein Blick in die Kataloge der turnusmäßig abgehaltenen „Zentralen Kunstausstellungen“ in Dresden und des Gegenmodells, der „documenta“ in Kassel, lohnt sich.

Potsdam

Michael Kunz

**THOMAS SCHUBERT, Wahlkampf in Sachsen.** Eine qualitative Längsschnittanalyse der Landtagswahlkämpfe 1990–2004, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011. – 455 S., 3 Abb., 27 Tab. (ISBN: 978-3-531-18048-9, Preis: 69,95 €).

Nach mehr als zwei Jahrzehnten ist vielen nicht mehr bewusst, was Thomas Schubert an den Beginn seiner Dissertation stellt: „Die Wahl zum Sächsischen Landtag am 14. Oktober 1990 gab den Bürgern ihre wichtigste Partizipationsmöglichkeit zurück.“ (S. 17). Diesen und die folgenden drei Landtagswahlkämpfe betrachtet der Politikwissenschaftler in acht Kapiteln vorrangig zwischen den dominierenden Parteien CDU, SPD und PDS. Seine Angaben zur chronologischen Auflistung und die analysierenden Grundaussagen gewinnt er sowohl durch interaktive Befragungen als auch die Auswertung von Dokumenten und Sekundärdaten. Eine Einschränkung erklärt Schubert vorab: „Während die programmatische und innerparteiliche Ausrichtung im Wahlkampf sehr gut aus der öffentlichen Dokumentation hervorgeht, lassen sich Strategien, Organisationsschemen oder personelle Rollenverteilungen nur ansatzweise aus publizierten Materialien extrahieren“ (S. 29). Dennoch entfaltet er beeindruckende, zeit- und lebensnahe Darstellungen, in ihrer Glaubwürdigkeit stimmige Analysen, welche über die jüngere sächsische Parteiengeschichte ein authentisches Abbild vermitteln.

Nach Friedlicher Revolution, deutscher Wiedervereinigung und der Neuausrufung des Freistaates Sachsen auf dem Meißner Burgberg folgte dem nominellen Mehrparteiensystem der DDR 1990 eine demokratisch legitimierte Wahl zum Sächsischen Landtag. Um dessen Parlamentssitze bewarben sich neben ehemaligen Funktionsträgern der DDR-Parteien Bürgerrechtsaktivisten der Wendezeit und Oppositionellen der DDR, Bürger, die tatkräftig bei den demokratischen Veränderungen der Heimatregion mitwirken wollten. In die höchste politische Vertretung des Freistaates zogen Mitte Oktober 1990 fünf Parteien. Die CDU konnte die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen.